

„Sanktionen haben einen Preis“

Kabinetts befass mit den Auswirkungen der Ukraine-Krise und der Strafmaßnahmen gegen Russland auf Luxemburg

Von Michèle Gantenbein

„Sanktionen haben einen Preis. Frieden hat einen Preis. Wir müssen bereit sein, diesen Preis zu zahlen“, sagte Premierminister Xavier Bettel (DP) gestern bei einer Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung. Eine Konsequenz der gegen Russland verhängten Strafmaßnahmen wird sein, dass die Energiepreise weiter steigen. Zusammen mit den nationalen Energieversorgern hat die Regierung gestern Maßnahmen besprochen, um die Preissteigerung abzumildern und die Privathaushalte und Betriebe zu unterstützen.

Für die Haushalte wurde ein 75 Millionen Euro teures Maßnahmenpaket geschnürt, das die Einführung einer Energiesparprämie vorsieht. Zudem werden die Netzkosten, die einen Teil des Strom- und Gaspreises ausmachen, auf null Euro gesenkt. Das Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Betriebe muss erst noch ausgearbeitet werden.

„Wir lassen nicht locker“

Luxemburg stehe fest an der Seite der Ukraine, sagte Bettel im Beisein von Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng), Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) und Familienministerin Corinne Cahen (DP). Die Sanktionen gegen Russland seien hart und man werde den Druck weiter hochhalten. „Wir lassen nicht locker.“ Der einzige Weg aus der Krise führe über eine „komplette Deeskalation seitens Russland“, so Bettel. Er hoffe auf positive Anzeichen aus den Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine.

Die Luxemburger Regierung hat gestern beschlossen, eine Million Euro zur Unterstützung von



Die Regierung steht geschlossen hinter der Ukraine und den Hilfsmaßnahmen für Haushalte und Betriebe, so die Botschaft von Blau-Rot-Grün gestern beim Briefing, an dem vier Minister teilnahmen. Foto: G. Huberty

Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich unterstützt Luxemburg die Ukraine mit militärischem Personal und Material. Dazu gehören 100 Panzerabwehrwaffen des Typs NLAW (Next Generation Light Anti-Tank Weapon), Allradfahrzeuge vom Typ Jeep Wrangler sowie 15 Militärzelte.

Als Mitglied des MRTT-Programms (Multi-Role Tanker Transport) und gemeinsam mit anderen NATO-Mitgliedsländern

stellt Luxemburg der NATO Luftbetankungsmöglichkeiten zur Verfügung, die den Luftraum für die Dauer der laufenden Operationen schützen soll.

Darüber hinaus bietet das Verteidigungsministerium mit seinem Militärflugzeug A400M beziehungsweise der Frachtgesellschaft Cargolux Kapazitäten für den Transport von militärischem und humanitärem Material an, hieß es gestern in einer Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums.

Im Rahmen des EU-Zivilschutzmechanismus stellt Luxemburg Xavier Bettel zufolge ein weiteres Hilfspaket mit Rettungsmaterial zur Verfügung.

Luxemburg nimmt Flüchtlinge auf

Luxemburg wird Schutzsuchende aus der Ukraine aufnehmen. Stand gestern morgen sind knapp 400 000 Personen aus der Ukraine in die EU geflüchtet. Man rechnet mit bis zu vier Millionen Flüchtlingen in Richtung EU, so Bettel.

„Wir sind dabei, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, um Flüchtlinge aufzunehmen“, so der Premier. Die Aufnahme werde „unkompliziert“ und „unbürokratisch“ vorstattengehen. Ukrainer benötigen für Kurzaufenthalte (90 Tage) in der EU kein Visum. Damit sie auch darüber hinaus in Europa bleiben können, bereitet die EU den „temporären Schutz“ vor, der es den Menschen erlaubt, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Die CSV forderte gestern in einer Pressemitteilung „unbürokratische Unterstützung für Vertriebene“ sowie eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets von 0,6 auf 0,74 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Bezüglich des Antrags der Ukraine zur EU-Aufnahme sagte Bettel, dazu sei eine Änderung der europäischen Verträge notwendig. Luxemburg stehe bei der Frage einer EU-Erweiterung nicht auf der Bremse. Allerdings riskiere man mit einer forcierten Aufnahme, die augenblickliche Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten aufs Spiel zu setzen. Man sollte der Ukraine die Perspektive bieten, „aber es gibt Kriterien, die eingehalten werden müssen.“

► **Wirtschaft Seite 8-9**

Solidarität des Syvicol

In einer Resolution ruft der Syvicol die Kommunen auf, dem Office national de l'accueil verfügbare Unterkünfte zur Aufnahme von Flüchtlingen zu melden; die Gemeinden sollen sich solidarisch zeigen und Flüchtlinge aufnehmen. Der Dachverband der Gemeinden ermutigt die Kommunen und ihre Bürger auch, jene Organisationen finanziell zu unterstützen, die Flüchtlingen helfen. *mas*